



Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am DIW Berlin, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Potsdam und Research Fellow am IZA. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Europäische Union braucht visionäre Politiker

Der erschreckende Aufschwung rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien in Deutschland (sieben Prozent), Griechenland (neun Prozent), Frankreich (25 Prozent) und England (27 Prozent) ist ein Weckruf für Europa, stehen diese Parteien doch für die Rückkehr zu nationalen Interessen. Getroffen hat das Ergebnis den französischen Präsidenten. Sein Rückschluss aus dem Wahlergebnis: Die EU müsse Abstand nehmen von den Sparanstrengungen und den Reformen, die sie von ihren Bürgern abverlangt. Nach dieser Logik hätten sich die Wähler in Ländern mit mehr Reformdruck, Italien zum Beispiel, noch häufiger für nationalistische Parteien entscheiden müssen.

Was ist in Frankreich passiert? Hollande hatte seinen Wählern vor den Präsidentenwahlen eine substantielle Erhöhung der Staatsausgaben – also Wein – versprochen. Danach gab es nur Wasser. Kein Wunder, dass ihm die Wähler nicht verzeihen haben.

Blicken wir nach Italien. Das Ergebnis: Zulauf für einen Ministerpräsidenten, der vor der Wahl radikale Reformen verlangt. Und erhält dafür Rückendeckung mit einem Plus von über zehn Prozent im Vergleich zur letzten nationalen Wahl. Am Wählerverhalten in Frankreich und anderswo ist somit nicht nur der entfernte Brüsseler Moloch Schuld. Verantwortlich ist auch das Politikgebaren der nationalen Regierungen und ihres leitenden Personals, obwohl diese gar nicht zur Wahl stehen.

Das macht zweierlei deutlich. Erstens leiden die Europawahlen unter einem Konstruktionsfehler: Wähler lassen sich von nationalen Interessen leiten. Sie haben ja auch nur die gleichen Parteien zur Auswahl, die sie in ihren nationalen Parlamenten vertreten. Europäische Parteien stehen nicht zur Abstimmung. Und wer kennt schon die beiden Spitzenkandidaten Schulz und Juncker? Nun soll der eine, Juncker, gegen etliche Widerstände als Präsident der EU Kommission durchgesetzt werden. Ein Politiker, der

bereits 16 Regierungsjahre auf dem Buckel hat. Visionäre sehen anders aus. Die europäischen Institutionen werden also erheblich mehr tun müssen, damit Europawahlen nicht zum Abstrafen regierender Parteien auf nationaler Ebene missbraucht werden. Die Aufstellung europäischer Parteien mit deutlich abweichenden Politikentwürfen wäre daher ein zentraler Meilenstein für ein demokratischeres Europa.

Zweitens sehen wir auf der nationalen Ebene, dass Politiker von Regierungsparteien in der Lage sind, ihre Wähler sogar bei Europawahlen zu überzeugen, wenn sie Reformwillen über die Zeit hinweg konsistent transportieren. Nicht trotz sondern gerade wegen ihrer Bereitschaft, unbeliebte, aber notwendige Reformen offensiv anzugehen und deren Notwendigkeit gegenüber dem Wähler zu artikulieren. Das sollte nicht nur den amtierenden Regierungen in Frankreich, England, Griechenland und Deutschland zu denken geben, sondern auch der „Findungskommission“ für den EU-Kommissionspräsidenten, wenn sie die nationalistisch orientierten Parteien marginalisieren wollen.

In einem hatte Hollande ja recht: Die südeuropäischen Krisenstaaten werden mit den Spar- und Reformforderungen der EU und der Troika allein nicht aus der Krise kommen. Man wird den Spagat schaffen müssen, in den staatlichen Konsumausgaben zu sparen und gleichzeitig staatliche Investitionen zu tätigen, so widersprüchlich das klingen mag. Das wird nur dann gelingen, wenn die südlichen Krisenländer ernsthafter und eigenständiger als bisher die notwendigen Reformen fortsetzen und gleichzeitig zukunftsorientierte Investitionsstrategien entwickeln. Bei Aufbau und Finanzierung einer solchen Strategie muss ein visionärer Kommissionspräsident eine zentrale Rolle spielen. In der Zwischenzeit hat der italienische Ministerpräsident nun die Chance, ein Leuchtturm für ein Europa der Zukunft zu werden, sollte es ihm gelingen, diese Mischung aus Reformen und Zukunftsinvestitionen auf den Weg zu bringen und damit denen eine Perspektive zu geben, die sich enttäuscht von Europa abwenden.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke
Dr. Ferdinand Fichtner
Dr. Philipp König

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 – 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.